

Wir brauchen einfach neue, andere Menschen für unsere fabelhaften Fortschritte. Immerhin, Hauptschuldiger war für das Gericht der Arbeitgeber, Hanspeter Hartmann. Josef Vogt erhielt anderthalb Jahre Freiheitsstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Der Vorsitzende Richter Roth war zuletzt brutal ehrlich: Das Gericht sei nicht der Meinung, daß von seinem Urteil, so es rechtskräftig würde, etwas Generalpräventives ausgehen werde. Es sei für niemand ein Signal. Man könne nicht hinter jedem Busch Polizei postieren. Das würde zu einem Polizeistaat führen. „Wir leben nicht mehr in einer gemeinnützigen, sondern in einer eigennützigen Gesellschaft.“ Man nehme in Kauf, daß etwas passiert.

Scharf kritisierte der Vorsitzende die Überwachungsdienste, ihre Oberflächlichkeit, ihren Konkurrenzkampf untereinander und auch den Umstand, daß ihre Kenntnisse und damit Kontrollen hinter dem technischen Fortschritt einhinken. Der Vorsitzende ließ keinen Zweifel daran: Herborn kann sich jederzeit und überall wiederholen. Wir stimmen ihm zu – jedenfalls dann, wenn es dem letzten am Schafott, dem Fahrer, aufgegeben bleibt, seinen Arbeitsplatz zu riskieren, indem er sensibler und uneigennütziger ist als alle, die in der Hierarchie über ihm stehen.

Der Vorsitzende Richter Roth ist ein gestandener Mann, und das heißt auch, daß er sich darzustellen weiß. Es mußte noch einmal in die Beweisaufnahme eingetreten werden, und daß das notwendig sei, spielte der Vorsitzende vor. In Wahrheit hatte er übersehen, daß er nach Inanspruchnahme einer Unterbrechung von 30 Tagen nicht direkt das Urteil verkünden durfte. So mußte eben noch einmal verhandelt werden, es war noch etwas zu prüfen, aber wirklich.

Und einmal ging der Vorsitzende Richter Roth, bemüht die Entscheidung des Gerichts plausibel zu machen, unter die Linie, unter der man beim Boxen nicht treffen darf. Man sei allem, was die Verteidiger vorbrachten, nachgegangen, es hätte ja etwas dran sein können. Aber habe man da nicht bewußt Potemkinsche Dörfer aufgebaut? Habe man nicht manches bewußt als Spektakel benutzt? Das war schlimm. Da wurde – vor allem dem Rechtsanwalt Schneider – unterstellt, man habe die Technik nur aus taktischen Gründen angegriffen, sie zur unsichtbaren, wahren Schuldigen wider besseres Wissen zu machen versucht.

Es wäre diese Bemerkung, die gleich zu Beginn gemacht wurde, ein Anlaß gewesen, den Saal zu verlassen. Doch die Verteidigung hat sich beherrscht, obwohl sie grob beleidigt worden war. Wenn dieses Urteil schriftlich vorliegt, wird noch einmal von ihm die Rede sein.

Polizei

Großes Loch

Deutsch-deutsche Zusammenarbeit von Polizei und Justiz klappt bisher nur auf dem kleinen Dienstweg. Weitreichende Vereinbarungen sollen folgen.

Eine Aufklärung des Verbrechens schien zunächst nicht möglich: Mit schweren Gesichtsverletzungen und einer tiefen Stichwunde in der Brust wurde am Neujahrsmorgen der Koch Werner Wilcke, 45, tot in seiner Wohnung in Hamburg-Altona entdeckt. Zwar fand die Kripo am Tatort zahlreiche Fingerabdrücke. Doch die Experten des Wiesbadener Bundeskriminalamtes

ner hatte sich nach einem Besuch im Ostteil der Stadt von einer DDR-Taxifahrerin über den Grenzübergang Invalidenstraße chauffieren lassen. Auf West-Berliner Gebiet soll er die junge Frau vergewaltigt haben.

Die West-Berliner Polizei, von der Taxifahrerin alarmiert, bat die DDR-Grenzposten um Amtshilfe. Die recherchierten anhand der Zählkarten, welcher West-Berliner aus Zehlendorf zur fraglichen Uhrzeit die Grenze passiert hatte. Nach einer Stunde war der mutmaßliche Täter ermittelt.

Die unbürokratische deutsch-deutsche Zusammenarbeit, die auf dem kleinen Dienstweg zur Aufklärung beider Verbrechen führte, wäre vor Öffnung der Mauer undenkbar gewesen.

Jahrzehntelang behinderten gegenseitiges Mißtrauen, Geheimhaltungsvor-



Polizeikollegen Hille (West), Strauß (Ost): Funkbrücke im Grenzverkehr

(BKA) konnten die Spuren nicht zuordnen.

Das Opfer war kurz vor der Tat mit einem jungen Mann gesehen worden, der nach Aussage einer Taxifahrerin „mecklenburgischen Dialekt“ sprach. Die Hamburger Mordkommission entschloß sich zu einem ungewöhnlichen Schritt: Die Fingerabdrücke wurden auch den Kollegen in der DDR übermittelt.

Der Aufwand lohnte. Im mecklenburgischen Schwerin konnte die Volkspolizei die Abdrücke identifizieren. Sie stammten von Michael Grabowski, 21, aus Teterow bei Güstrow, der sich im November 1989 in die Bundesrepublik abgesetzt hatte. Als Grabowski im neuen Jahr seine Mutter in der DDR besuchte, wurde er festgenommen. Nach kurzer Vernehmung gestand er die Tat.

Noch schneller wurde in Berlin ein Notzuchtverbrechen geklärt. Ein West-Berli-

schriften und die Angst vor Spionage eine Kooperation der Exekutive, wie sie etwa bei den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft schon lange üblich ist.

Zwischen beiden deutschen Staaten existiert noch nicht einmal ein Rechtshilfeabkommen, wie es die Bundesrepublik etwa mit dem westafrikanischen Senegal oder die DDR mit dem Inselstaat Zypern abgeschlossen hat. Vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit gibt es bisher nur bei Kapitalverbrechen, bei der Identifizierung unbekannter Toter und bei der Aufklärung von Vermisstenfällen.

Doch der offizielle Dienstweg ist lang. Er führt, etwa bei einem Amtshilfeersuchen von der Bundesrepublik an die DDR, zunächst vom örtlichen Polizeirevier (West) über die zuständige Staatsanwaltschaft (West) zur Generalstaatsanwaltschaft (West). Von dort gelangen die

Anfragen mal direkt, mal über die Ständige Vertretung in Ost-Berlin, zum Generalstaatsanwalt der DDR; der reicht den Vorgang nach eingehender Prüfung an eine örtliche Dienststelle der Volkspolizei weiter.

Nach Öffnung der Grenzen, bei derzeit fast 2000 Übersiedlern täglich und Millionen Besuchern hüben und drüben, können sich Bundesrepublik und DDR derart umständliche Prozeduren nicht mehr leisten. Sicherheitspolitiker mahnen deshalb dringend Vereinbarungen über das gesamte Paß- und Meldewesen an, über die Zusammenarbeit von Einwohnermeldeämtern und Kraftfahrzeugzulassungsstellen.

So werden Dutzende von DDR-Jugendlichen, die während der Herbstwirren in Panik über Ungarn und die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik geflüchtet sind, von ihren Eltern gesucht; bundesdeutsche Behörden sollen helfen. Und Verkehrspolizisten in Hessen und Bayern, die massenweise auf Strafmandaten für Trabis und Wartburgs sitzengeblieben sind, warten auf östliche Unterstützung bei der Suche nach den Besitzern der Fahrzeuge.

Zu roden ist ein Gestrüpp von Vorschriften, das kleinen und großen Kriminellen aus Ost und West zur Zeit noch Schutz vor Verfolgung und Strafe gewährt.

Die Zeit drängt: Auf die DDR rollt nach Einschätzung westlicher Sicherheitsexperten eine riesige Betrugswelle mit gestohlenen Schecks, fingierten Kreditkarten und Falschgeld zu. Mancher Westler, der im noblen Weimarer Hotel „Elephant“ logierte, argwöhnt der Stuttgarter Landespolizeipräsident Alfred Stümper, „zückt demnächst vielleicht die gefälschte Diners-Karte und dreht den Leuten noch falsche Fuffziger an“.

Auch beim Abschluß von Joint-venture-Verträgen und Makeln mit raren Gütern, etwa Arzneimitteln, könnten unerfahrene DDR-Unterhändler, wie Experten fürchten, schnell zu Opfern ausgekochter Betrüger werden.

Die Rauschgiftkriminalität, in der DDR bisher gering, dürfte ebenfalls drastisch zunehmen. Seit Beginn der West-Ost-Reisewelle am 24. Dezember 1989 haben DDR-Zöllner im Gepäck von Besuchern häufig harte und weiche Drogen entdeckt, Tendenz steigend. Bei Verhandlungen über eine gemeinsame Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität hat Bonn den DDR-Gesprächspartnern schon ein Konzept zur Gefahrenabwehr vorgelegt.

Auch erhebliche Mengen an Waffen und Munition wurden an DDR-Grenzübergängen sichergestellt – zumeist ohne strafrechtliche Konsequenzen für die Schmuggler. Zwar kassierten die Zöllner an Ort und Stelle ein Bußgeld. Doch Meldungen an westliche Strafverfol-



DDR-Grenzer mit Zählkarten: Verstoß gegen den Datenschutz?

gungsbehörden ergehen, zumindest offiziell, vorerst noch nicht.

Jetzt, da Reisefreiheit herrscht, haben die Experten der „Interpol“-Zentrale in Lyon die DDR als „großes Sicherheitsloch“ ausgemacht. Die Fahnder fürchten, daß der östliche Teilstaat mit seiner offenen Grenze zum Ausweichstandort von Autoschiebern, Drogenspediteuren und Waffenhändlern werden könnte, die sich im Westen nicht mehr sicher fühlen.

Schlimmer noch: Begünstigt durch die Rechtsunsicherheit zwischen Ost und West, so die Vision des BKA, könnten sich mafiose Gruppen aus Westeuropa mit kriminellen Organisationen aus Osteuropa auf DDR-Terrain kurzschließen und zu blockübergreifender Zusammenarbeit finden.

Auf verschiedenen Ebenen werden daher Möglichkeiten zu kurzfristiger Kooperation sondiert.

▷ In Ost-Berlin konferierten Anfang Januar Ministeriale des Bonner Innenministeriums mit DDR-Kollegen über „gemeinsame Zuständigkeiten“ bei der Verbrechensbekämpfung. Es waren die ersten Kontakte der beiden Innenressorts seit 40 Jahren.

▷ In Bonn beratschlagten letzte Woche die Polizeichefs der Länder über deutsch-deutsche Sonderkommissionen und Probleme der Geheimschützer.

▷ Ende des Monats treffen sich Vertreter von DDR-Regierung und Bundesregierung zu Verhandlungen in Bonn. Einziges Thema: eine grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung.

Doch zu weitreichenden Vereinbarungen wird es vor den DDR-Wahlen am 6.

Mai kaum kommen. Bis dahin pflegen findige Polizisten aus Ost und West, wie bei den Verbrechen in Hamburg und Berlin, den kleinen Grenzverkehr.

Lothar Will etwa, Chef der Polizeiinspektion Göttingen, vereinbarte mit seinem DDR-Kollegen Winfried Strauß, Major der Volkspolizei im benachbarten Worbis, zwischen beiden Dienststellen eine feste Funkbrücke zu installieren. Will schickte Hauptkommissar Rudolf Hille mit einem Funktelefon nach drüben. Göttingen und Worbis liegen zwar nur 32 Kilometer Luftlinie voneinander entfernt, das total überlastete Telefonnetz der DDR macht fernmündliche Kontakte aber so gut wie unmöglich.

Auf dem kurzen Dienstweg tauschten Kripobeamte aus Worbis und Duderstadt die Daten über eine millionenschwere Münzsammlung aus, die in Thüringen geklaut wurde und wohl im Niedersächsischen versteckt worden ist. Auch nach drüben gestohlenem Meißner Porzellan und antikem Schmuck wird hüben gefahndet. Erstes Ergebnis: Drei Diebe aus Eisleben (DDR) wurden in Soltau (Bundesrepublik) gefaßt.

Bedenken gegen derart flotte deutsch-deutsche Polizeikooperation hat der West-Berliner Datenschutzbeauftragte Hansjürgen Garstka. Er moniert, daß bei der Festnahme des mutmaßlichen Notzuchttäters, der mit Unterstützung der Ost-Grenzer so schnell ermittelt wurde, widerrechtlich von personenbezogenen Daten Gebrauch gemacht worden sei.

Eine solche Abklärung, so der Datenschützer streng bürokratisch, sei nicht zwischen lokalen Polizeibehörden, sondern nur „von Generalstaatsanwalt zu Generalstaatsanwalt“ erlaubt. ◀